

AUSSENANSICHT

Ostermärsche
im Jahr 2021

MARTIN SINGE

Experte für Grundrecht und Demokratie



Alljährlich ruft die Friedensbewegung an Ostern zu Demonstrationen auf. In diesem Jahr werden vom 1. bis 5. April Aktivitäten in über 100 Orten erwartet. In Corona-Zeiten sind für die Versammlungen besonders verantwortungsvolle Vorbereitungen nötig. Die Forderung nach Umschichtung von Rüstungsausgaben in soziale Projekte und den Gesundheitsbereich steht 2021 im Mittelpunkt der Aktionen. Statt neue Konfrontationen des Westens mit Russland und China zu forcieren, setzen die Friedensbewegten auf Kooperation, Vertrauen und eine Architektur globaler Sicherheit. „Sicherheit“ soll neu gedacht werden als soziale und existenzielle Sicherheit für alle Menschen weltweit. Dazu gehören auch die Solidarität mit Flüchtlingen und der Einsatz für eine verantwortbare Klimapolitik.

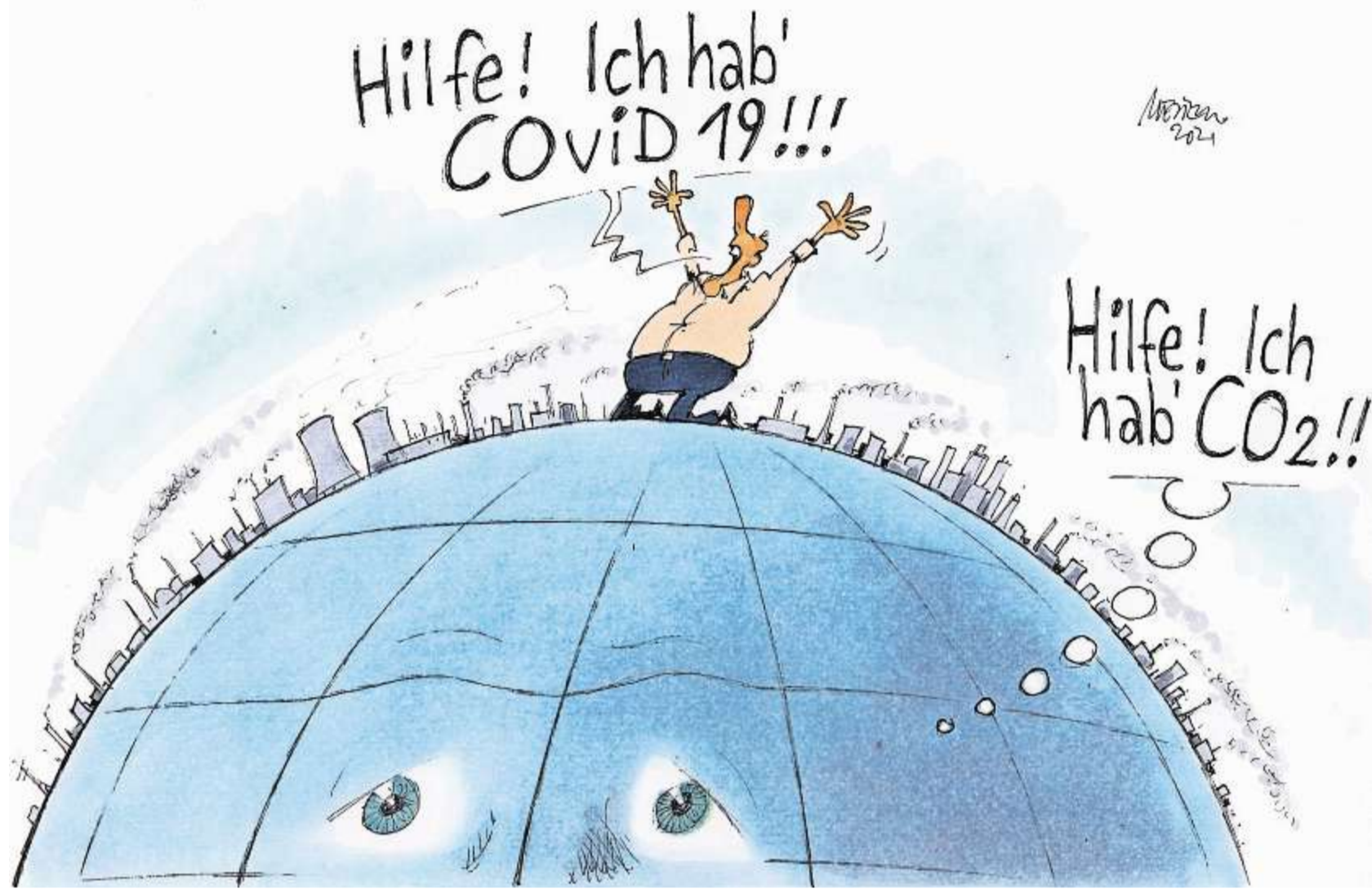
Fridays for Future, Initiativen für globale Gerechtigkeit und die Friedensbewegung streiten gemeinsam für eine andere Welt, die möglich ist – eine Realutopie! Ostermärsche – hört sich das nicht antiquiert und etwas martialisch an? Zum einen wird der Begriff „March“ im Englischen als Synonym für Demonstrationen gebraucht, zum anderen macht der Begriff deutlich, dass die angestrebten Ziele nicht einfach per Spaziergang zu erreichen sind. Auch wenn ein „Osterspaziergang“ im Faust'schen Sinne den Ostermarsch sinnvoll ergänzen kann. „March from London to Aldermaston“ stand auf dem vordersten Transparent des historisch ersten Ostermarschs 1958 gegen Atomrüstung. Aldermaston war der Hauptstandort für die Produktion britischer Atomsprengeköpfe. 1960 wurde mit dem ersten Ostermarsch zum Atomwaffenstandort Bergen-Hohne in der Lüneburger Heide die Idee in Deutschland aufgegriffen, nachdem die Ende der 1950er Jahre aktive Bewegung „Kampf dem Atomtod“ an der Umorientierung der SPD, die mit den Gewerkschaften diese Kampagne hauptsächlich organisiert hatte, zerbrochen war. Dies führte zum Entstehen der parteiunabhängigen sozialen Bewegungen, die von den Ostermärschen der 1960er Jahre – in Zeiten des Kalten Krieges – stark geprägt wurden.

So stehen die Ostermärsche 2021 (Termine/Orte: Friedenskooperative.de) in der Tradition des Aufbruchs von unten für eine Welt der Solidarität und Völkerverständigung – ohne soziale Spaltungen und ohne wechselseitige atomare Bedrohungen.

AUTORENINFORMATION

Der Autor (Foto: Singe) ist Besitzer des Förderkreises Darmstädter Signal.

Die Außenansicht gibt die subjektive Meinung des Autors wieder und nicht unbedingt die der Redaktion.



KARIKATUR: MESTER

LEITARTIKEL

Grün-schwarze Auferstehung

PARTEIEN Gegen erhebliche Widerstände in der eigenen Partei hat Winfried Kretschmann im Ländle eine Fortsetzung der Regierung mit der CDU durchgesetzt. Das hat auch Folgen für Berlin.

REINHARD ZWEIGLER
Berlin-Korrespondent der
Mittelbayerischen

Das war Machtpolitik mit Bumms. Gegen erhebliche Widerstände in der eigenen Partei hat der grüne Landesvater von Baden-Württemberg Winfried Kretschmann ein erneutes Regierungsbündnis mit der CDU durchgesetzt. Da mögen die – über das Ländle hinaus kaum bekannten – Grünen-Vorsitzenden Sandra Detzer und Oliver Hildenbrand sowie die Grüne Jugend noch so wettern, dass mit den Christdemokraten kein Aufbruch möglich sei und die beim Klimaschutz eher ein Klotz am Bein wären. Kretschmann hat ganz im Adenauer'schen Stil auf Stabilität und Kontinuität gesetzt: keine Experimente. Keine Ampel, nicht mit einer siechenden SPD und nicht mit einer unberechenbaren FDP.

Völlig überraschend kommt die Wiederauferstehung von Grün-Schwarz im Südwesten allerdings nicht. Mit der in der Landtagswahl vor drei Wochen arg gerupften und zudem führungslosen Landes-CDU hat Kretschmann einen wesentlich zahmeren und zudem gut bekannten Partner, als das in einer Dreier-Koalition mit SPD und FDP der Fall wäre. Zudem bietet der grüne Katholik und beliebte Landesvater, der in seiner Jugend Oberminister war und eigentlich mal Priester werden wollte, viele Anknüpfungspunkte für Konservative. Beim Umweltschutz, der Bewahrung der Schöpfung in christlicher Lesart,

könnte Kretschmann dem alten und neuen Juniorpartner sogar noch einige Zugeständnisse abhandeln. Bei der Windenergie etwa zählt das Ländle bundesweit zu den Schlusslichtern. Oder dass sich Kretschmann im Interesse der Autokonzerne und Beschäftigten im Südwesten für innovative und nachhaltige Antriebe einsetzt, findet Unterstützung weit in Unionskreise hinein. Dass manche ihn bereits als „grünen Teufel“ – in Anspielung an den legendären CDU-Regierungschef Erwin Teufel – bezeichnen, adelt Kretschmann zusätzlich. Er will seine dritte Amtszeit offenbar so zuverlässig angehen wie die zwei davor. Nicht so sehr die recht bürgerlichen Grünen haben sich im Ländle etabliert, sondern vor allem der konservativ-liberale Grüne Kretschmann.

Die Entscheidung im Südwesten hat zudem Auswirkungen auf den Bund. Zuerst innerhalb der Grünen selbst, bei denen viele ganz und gar nicht mit dem Festhalten an der CDU einverstanden sind. Allerdings wird Kretschmann wegen seines – manche

sagen halsstarrigen – Kurses bei den Grünen nicht geliebt, doch er wird wegen seiner Erfolge respektiert. So wie es etwa vor Jahren beim grünen Außenminister Joschka Fischer der Fall war. Der Realpolitiker Kretschmann setzt zudem offenbar bei der Bundestagswahl im Herbst bundesweit auf einen Sieg der Union. Den Weg zu Schwarz-Grün im Bund möchte er in Stuttgart nicht erschweren oder gar ganz mit unsicheren Ampelspielen verbauen.

Hinzu kommt, dass Kretschmann immer ein weitgehend gutes Einvernehmen mit seinen bayerischen Nachbarn pflegte. Sowohl erst Horst Seehofer als auch jetzt Markus Söder halten große Stücke auf den Grünen im Ländle. In der Corona-Politik liegen Kretschmann und Söder sehr nahe beieinander und auf Merks eher vorsichtigem und zu harten Lockdowns neigendem Kurs. Zuletzt haben beide gar einen gemeinsamen Mahnbrief an die 16 anderen Regierungschefs und -chefinnen gesandt. Man dürfe es mit vorschnellen Öffnungen und Pilotprojekten angesichts der dritten und sehr dramatischen Coronawelle keinesfalls übertreiben.

Zudem könnte der 72-jährige Grün-Konservative auch mit Blick auf das höchste Amt im Staate eine Rolle spielen. Die Amtszeit von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier läuft im nächsten Jahr aus. Eine Wiederwahl des SPD-Mannes ist so gut wie ausgeschlossen. Kretschmann könnte in dieser Konstellation ein Kandidat für das Schloss Bellevue sein, der über das grüne Lager hinaus wählbar wäre.

„Mit der CDU hat Kretschmann einen wesentlich zahmeren Partner, als das in einer Dreier-Koalition mit SPD und FDP der Fall wäre.“

» EINE ZITTERPARTIE ZU GRÜN-SCHWARZ
Die Berichterstattung zum Leitartikel SEITE 5

PRESSESTIMMEN

SÜDWEST PRESSE

Die Zeitung aus Ulm zum Kampf gegen Steueroasen:

„Dem durchschnittlichen deutschen Mittelständler dürfte schon das Knowhow fehlen, exotische Steuerparadiese exzessiv zu nutzen. Bei Großunternehmen sieht das anders aus. Selbst die Deutsche Lufthansa nutzt eine Tochter auf Malta, um kräftig Steuern zu sparen. Nur ist es für Scholz ungleich schwieriger, den Paradiesen unter den EU-Mitgliedsstaaten das Wasser abzugraben.“

Darmstädter Echo

„Von einem Aushängeschild für Made in Germany darf man mehr Fingerspitzengefühl erwarten.“

DIE ZEITUNG AUS DARMSTADT ZUR DAIMLER-DIVIDENDE IN DER KRISE

Rhein-Zeitung

Die Zeitung aus Koblenz zur Herstellung von Sputnik V in Deutschland:

„Es spricht wenig gegen den Einsatz des russischen Impfstoffes Sputnik V auch in Deutschland, wenn dieser von der Europäischen Arzneimittelbehörde geprüft und für ebenso unbedenklich wie wirksam erklärt worden ist. Dass der russische Pharmakonzern R-Pharm ab Sommer sein Vakzin Sputnik V im bayerischen Illertissen produzieren lassen will, sollte eher vertrauensfördernd sein.“

Rölnr Stadt-Anzeiger

Die Zeitung aus Köln zur Debatte über eine Testpflicht an Schulen:

„Die Politik ist an einen Punkt gekommen, an dem sie zeigen muss, ob sie es ernst meint mit der konsequenten Eindämmung der Pandemie: Lässt sie es weiterhin zu, dass sich ein beträchtlicher Prozentsatz von Schülern dem Test verweigert, und nimmt damit Infektionen in Kauf, oder besteht sie zum Schutz der Gesundheit auf einer Testpflicht, auch wenn das manchen nicht behagt?“

Mitteldeutsche Zeitung

Die Zeitung aus Halle zum Impfstoff AstraZeneca:

„Die Spitzenpolitiker sind für eine Menge Chaos verantwortlich. Aber für die Schwächen eines Impfstoffs können sie nun wirklich nichts. Das ist die Verantwortung der Hersteller. Hier können Politiker deren Chaos nur bestmöglich verwalten. Und das tun sie bei AstraZeneca. Wenn die Ständige Impfkommission auf Fälle von Hirnvenenthrombosen verweist, muss sie auf die Bremse treten.“